

Meinungen

Kommentar

Sicherheitslücken schliessen – und zwar schnell

Der Bund muss den Betrug mit falschen Zertifikaten rasch unterbinden. Es gäbe durchaus technische Möglichkeiten.

Der Handel mit falschen Impfbzertifikaten über Dienste wie Telegram floriert. Jetzt müssen die Behörden schnell reagieren, sonst schwindet das Vertrauen in das Zertifikat, und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.

In der Schweiz haben über 10'000 Personen Zugang zum Bundessystem, mit dem sie Zertifikate herstellen können. Auch Testcenter sind autorisiert. Einige dieser Nutzer haben

offenbar ihre Zugangsdaten an Betrüger weitergegeben.

Und die haben leichtes Spiel: Denn diese Zugangsdaten können gleichzeitig auf mehreren Rechnern genutzt werden. Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) sagt zwar auf Anfrage, das Log-in-Verfahren sei dank einer Zweiwegidentifizierung genügend geschützt. Das ist allerdings naiv: Mit wenig krimineller Energie kann der Code, den man per SMS erhält,

Jetzt ist Tempo gefragt. Jede Verzögerung kann Menschen gefährden.

an Komplizen weitergeleitet werden.

Seit dem Sommer weisen die Kantone auf die Betrugsfälle hin und fordern das BAG zum Handeln auf. Monate, in denen das System hätte optimiert werden können. Doch wenig geschah.

Nie war das Covid-Zertifikat wichtiger als heute. Wir stecken mitten in der Omikron-Welle, und das Zertifikat ermöglicht seit der Einführung der 2-G-

Pflicht den Zugang zum öffentlichen Leben. Ausgerechnet jetzt eskaliert das Problem mit den illegalen Impfbzertifikaten. Das BIT hätte technische Möglichkeiten, das Problem nun rasch anzugehen. Ein erster Schritt wäre, dass ein Nutzer mit seinem Log-in gleichzeitig nur an einem Computer Zertifikate herstellen kann.

Zudem sieht das BIT im System, mit welchen Zugangsdaten wann, welche und wie viele Zertifikate ausgestellt wurden.

Diese Informationen sollten jetzt systematisch untersucht und mit kantonalen Aufsichtspersonen geteilt werden.

Tempo ist gefragt, denn mit den aktuellen Fallzahlen kann jede Verzögerung beim Schliessen der Lücke Menschen gefährden.



Sven Cornehlis



Emmanuel Macron, hier bei einer Pressekonferenz am Freitag in Paris, wird versuchsweise deutlich. Foto: AFP

Warum Politiker mehr fluchen sollten

Emmanuel Macron, der französische Präsident, verwünscht Impfgegner und wird dafür kritisiert. Dabei ist Fluchen gesund, ehrlich und macht friedlich.

Jean-Martin Büttner

Bestimmt hat er das Verb bei seinem Wahlkampfteam vor-ausstesten lassen. Und offensichtlich haben seine Leute befunden, es läge noch drin. Worauf Emmanuel Macron, der wieder kandidierende französische Staatspräsident, im Gespräch mit dem Magazin «Le Parisien» seine grosse Lust verkündete, den Ungeimpften «konsequent auf den Sack zu gehen». Auf Französisch klingt er energischer: «Les non-vaccinés, j'ai très envie de les emmerder. Et donc on va continuer de le faire, jusqu'au bout.»

Aufruhr in Frankreich. In den Medien und den sozialen Medien. Denn «emmerder» enthält «merde», das französische Wort für «Scheisse», und ein solches Wort gehört sich nicht für einen Präsidenten. Davon abgesehen spielt es auf «merdre» an mit zusätzlichem «r», dem ersten Wort von Alfred Jarrys Theaterstück «Ubu Roi». Der Surrealist

feierte darin einen Bühnendiktator, dessen Benehmen Frankreich dermassen schockierte, dass das Stück nach der Premiere 1896 verboten wurde.

Le président emmerde: Das Kalkül von Macron und seinem Team ist aufgegangen. Alle streiten seither um die Wahl und wiederholen sie dabei. Und lassen den Präsidenten mit seiner Beschimpfung beherzt, empört und entscheidungsfreudig aussehen. Und das auf Kosten einer Minderheit, die ihn sowieso nicht wählen wird.

Damit befindet sich der französische Präsident dort, wo sich Politiker am liebsten aufhalten: im Trend. Denn wie Untersuchungen gezeigt haben, nimmt das Fluchen in der Öffentlichkeit konstant zu. Das hat mehrere, einander verstärkende Gründe. Das Internet mit seinem Hang zur kommunikativen Eskalation, die anonym abgefeuerten Hass-Mails, die

Ausfälligkeiten der sozialen Medien, die unkontrollierte Verbreitung über Youtube, die sinkende Wirkung sexueller Tabus und die wachsende religiöse Indifferenz verstärken die Tendenz: Die Leute fluchen mehr und heftiger als früher.

Und wo eine gesellschaftliche Entwicklung stattfindet, sind die Politikerinnen und Politiker schnell zur Stelle. Denn auch diese reden in der Öffentlichkeit immer ungezügelter. Dass Barack Obama einen Kontrahenten als «jackass» bezeichnete, Dummkopf, sorgte während seiner Kandidatur für Aufregung; heute klingt es nur noch herzig. Denn acht Jahre später wurde Donald Trump gewählt, der sich während des Wahlkampfs in einer – öffentlich gewordenen – Videoaufnahme obszön über Frauen geäussert hatte.

So etwas wäre zu Zeiten von Präsident Richard Nixon nicht denkbar gewesen. Zumindest

nicht in der Öffentlichkeit. Denn im Oval Office fluchten Nixon und die Männer seines Stabs hemmungslos. Das schockierte bei der Veröffentlichung der Watergate-Aufnahmen ebenso sehr wie der Umstand, dass der Präsident das Parteibüro seiner politischen Gegner hatte verwanzten lassen.

So gesehen verhalten sich öffentlich fluchende Politikerinnen und Politiker ehrlicher als andere. Zudem, auch das haben Studien belegt, geht es auch um die Gesundheit: Fluchen lässt Schmerzen besser ertragen. Schliesslich macht es den Menschen friedlicher. Das zumindest suggerierte Sigmund Freud in einem Vortrag vor Wiener Berufskollegen, den er als 36-Jähriger hielt. «Derjenige, der zum ersten Mal anstelle eines Speeres ein Schimpfwort benutzte», sagte er, «war der Begründer der Zivilisation.»

Merde alors.

Gastkommentar

Die Politik muss den Fokus auf die Jungen richten

In der Pandemie suchen deutlich mehr Jugendliche Hilfe wegen Suizidgedanken.

Barbara Schmid-Federer

Die Pandemie belastet die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in besonderer Masse. Diese Tatsache bestätigen auch die neusten Zahlen des Covid-Reports von Pro Juventute: Jeden Tag stehen wir über unsere Beratung und Hilfe 147 mit durchschnittlich sieben Jugendlichen in Kontakt, die über Suizidgedanken sprechen wollen. 2020 waren es noch fünf pro Tag und vor der Pandemie drei bis vier. Die Anzahl Beratungen hat sich also fast verdoppelt.

Das sind erschreckende Zahlen, die der Politik nicht gleichgültig sein dürfen. Zwar gibt es Kinder und Jugendliche, die die pandemiebedingten Belastungen gut zu meistern vermochten. Doch jene, die schon früher mit Problemen unterwegs waren, erleben derzeit Einsamkeit und Energielosigkeit, fühlen sich im Alltag und in der Schule unter Druck.

Die Schweiz verzeichnete schon vor Corona eine im internationalen Vergleich hohe Suizidrate unter Jugendlichen. Nun zeigt sich, dass die Zahlen besorgniserregend in die Höhe schnellen. Für einen Teil der besonders belasteten Kinder und Jugendlichen spitzt sich die Situation insofern zu, als sich vielerorts der ohnehin bestehende psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgungsengpass verschärft hat, da auch hier sich vermehrt Jugendliche mit Suizidgedanken einweisen lassen.

Die Politik hat zur Bewältigung der Corona-Krise vieles richtig gemacht, insbesondere in wirtschaftlichen Fragen. Nun gilt es, den Fokus auf die junge Generation zu richten. Das sind drei Forderungen, welche wir jetzt umsetzen müssen:

– Mehr Unterstützung für Angebote an Kinder und Jugendliche: Die Situation ist alarmierend. Der Zugang zu

bestehenden niederschweligen Hilfs- und Therapieangeboten muss rasch und unbürokratisch verbessert werden. Die öffentliche Hand kommt nicht darum herum, Geld zu investieren.

– Stimmrechtsalter 16 Jahre: Bundesrat und Parlament haben zu Recht Massnahmen getroffen, welche die Pandemie eindämmen sollten, etwa Schulschliessungen. Dabei hat die Politik aber vergessen, die Betroffenen um ihre Meinung zu fragen. Die meisten Kinder und Jugendlichen haben sich tapfer an die Massnahmen gehalten, durften aber nicht mitbestimmen, ob dies für sie die richtigen Massnahmen waren. Es ist daher mehr als angebracht, Jugendliche partizipieren zu lassen. Das ist nur möglich, wenn das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt wird.

Kinder und Jugendliche brauchen unsere Unterstützung. Jetzt.

– Einführung der Elternzeit: Während in früheren Jahren grössere Familiensysteme die Kinder und Jugendlichen grosszogen und betreuten, sind heutige Kleinfamilien meist auf sich selbst gestellt. Corona hat nun deutlich gezeigt, dass viele Eltern an ihre Grenzen stossen. Dieser Mangel kann nur durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf behoben werden.

Bund, Kantone und Gemeinden stehen jetzt ebenso in der Verantwortung wie die Zivilgesellschaft und Non-Profit-Organisationen. Kinder und Jugendliche brauchen unsere Unterstützung. Jetzt.

Barbara Schmid-Federer ist Präsidentin des Stiftungsrats von Pro Juventute.